

Der Angriff des Staates Israel auf palästinensische NRO blockiert den Zugang zur internationalen Gemeinschaft

Omar A Farooq, middleeasteye.net, 23.08.22

Experten sagen, dass die jüngste Schließung von sechs palästinensischen zivilgesellschaftlichen Gruppen die Verbindungen zu internationalen Institutionen, von denen sie den Großteil ihrer Finanzierung erhalten, weiter behindern wird.

Der israelische Angriff auf die palästinensische Zivilgesellschaft, zuletzt mit nächtlichen Razzien gegen palästinensische NRO, hat ernsthafte Fragen aufgeworfen, inwieweit diese Gruppen weiterhin mit der Außenwelt in Kontakt bleiben können.

Im Juni kündigte die EU an, dass sie die Unterstützung wieder aufnehmen werde, nachdem sie „keinen Verdacht auf Unregelmäßigkeiten und/ oder Betrug“ und „keinen ausreichenden Grund für die Einleitung einer Untersuchung“ gefunden habe.

Bisher haben die europäischen Regierungen, die Vereinten Nationen und die USA erklärt, dass sie ihre Beziehungen zu den Organisationen aufrecht erhalten würden trotz Israels Bemühungen, sie zu verbieten. Solange Israel jedoch in der Lage ist, die Arbeit der Organisationen im eigenen Hoheitsgebiet zu behindern, könnten sie bald nicht mehr in der Lage sein, mit internationalen Institutionen zusammenzuarbeiten, und könnten sogar ganz aufhören zu existieren.

Vergangene Woche haben die israelischen Streitkräfte die Büros von sieben palästinensischen NRO durchsucht und geschlossen: *Al-Haq*, *Addameer*, das *Bisan Center for Research & Development*, *Defense for Children International-Palestine (DCIP)*, die *Union of Palestinian Women's Committees*, die *Union of Agricultural Work Committees* und die *Union of Health Workers Committees (UHWC)*.

„Die Razzia und die Schließung der Büros der Organisationen sowie gezielte Angriffe auf die Generaldirektoren erschweren es diesen Organisationen schon jetzt, ihre Arbeit und die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Institutionen normal fortzuführen“, erklärte die Anwältin Rabea Eghbariah von Adalah, dem Rechtszentrum für die Rechte arabischer Minderheiten im Staat Israel, gegenüber *Middle East Eye*.

Seit Monaten arbeitet der Staat Israel daran, diese Gruppen zu verbieten. Im Oktober erklärte der Staat Israel alle Gruppen, mit Ausnahme von *UHWC*, zu „terroristischen Gruppen“ - eine Behauptung, die von den NROs wiederholt bestritten wurde.

Der Staat Israel übermittelte daraufhin vertrauliche Geheimdienst dossiers an Europa und die USA, in denen die Behauptungen erläutert werden, die Gruppen hätten Verbindungen zur *Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)*, einer linken politischen Partei mit einem paramilitärischen Zweig.

Bislang hat die Europäische Union die Maßnahmen des Staates Israel zurückgewiesen und in einer gemeinsamen Erklärung von neun Mitgliedern betont, dass sie sich weiterhin an das Völkerrecht halten und [zivilgesellschaftliche Organisationen] unterstützen wird, die bei der Förderung des Völkerrechts, der Menschenrechte und der demokratischen Werte eine Rolle spielen.

Auch die Vereinten Nationen verurteilten das Vorgehen des Staates Israels, und UN-Experten riefen die internationale Gemeinschaft auf, die Finanzierung der Gruppen fortzusetzen und sogar zu erhöhen (1).

Eghbariah fügte hinzu, dass die israelische Einstufung zwar keine internationale Gültigkeit hat - und bisher ist kein anderes Land dem Beispiel des Staates Israels gefolgt ist -, die Terror-Etikettierung aber dennoch „Dritte der Haftung nach israelischem Recht aussetzen und internationale Akteure davon abhalten kann, mit diesen Institutionen zusammenzuarbeiten, sie zu unterstützen oder zu finanzieren“.

Die Anwältin von *Adalah*, die die sechs Organisationen vertritt, fügte hinzu, dass die Verhängung von Reiseverboten, Gefängnisstrafen und die Beschlagnahme von Geldern konkrete und greifbare Hindernisse darstellen, die die Arbeit der Gruppen im In- und Ausland behindern können.

Gegen die Direktoren von zwei Organisationen - Sahar Francis von *Addameer* und Ubai Aboudi von *Bisan* - wurden bereits Einreiseverbote verhängt, als ihnen der Zutritt zu den USA verweigert wurde. Unterdessen wurde Khaled Quzmar, der Generaldirektor von *DCI-Palästina*, am Wochenende von Israel verhaftet (2).

Bedenken wegen der Finanzierung

Die Organisationen der Zivilgesellschaft, die für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Palästinenser in den seit 1967 besetzten Gebieten von zentraler Bedeutung sind, werden größtenteils von Geberländern im Ausland finanziert.

Als der Staat Israel die Gruppen als „Terroristen“ bezeichnete, sahen viele Experten darin die Absicht, ihre internationalen Finanzierungsströme abzuschneiden.

„Die meisten Menschen schauten sich diese Einstufungen an, als sie vor 10 Monaten zum ersten Mal veröffentlicht wurden, und verstanden dies als einen Versuch, ihnen die internationalen Geldmittel zu entziehen. „Wenn man ihnen die internationale Förderung streicht, sind sie nicht mehr in der Lage zu funktionieren“, erklärte Lara Friedman, Vorsitzende der *Stiftung für Frieden im Nahen Osten*, gegenüber *Middle East Eye*.

Die Befürchtungen wurden zur Realität, als im Mai 2021 die europäischen Geldgeber von zwei Gruppen - *Al-Haq* und *PCHR* - ihre Zahlungen an diese einstellten, nachdem sie geheime israelische

Informationen erhalten hatten, wonach die sechs prominenten in Palästina ansässigen NRO EU-Gelder zur Finanzierung der *PFLP* verwenden würden.

Im Juni kündigte die EU nach einer 13-monatigen Aussetzung der Finanzierung an, dass sie die Unterstützung wieder aufnehmen werde, nachdem sie „keinen Verdacht auf Unregelmäßigkeiten und/oder Betrug“ und „keinen ausreichenden Grund für die Einleitung einer Untersuchung“ gefunden habe.

Doch auch wenn die Geber die Finanzierung der palästinensischen NRO wieder in die Wege geleitet haben, könnten die israelischen Maßnahmen gegen sie es der palästinensischen Zivilgesellschaft erschweren, die für ihre Arbeit erforderlichen Mittel zu nutzen oder gar zu erhalten.

„Das bedeutet, dass diese Organisationen nicht einmal in den palästinensischen Banken Bankkonten haben können“, erklärte Adam Shapiro, Direktor der Abteilung für Israel-Palästina bei *Democracy for the Arab World Now (Dawn)*, gegenüber *Middle East Eye*.

„Europäische Länder, die diese Organisationen finanzieren, haben erklärt, dass sie ihre Finanzierung wieder aufnehmen werden. Im Prinzip ist das in Ordnung“, sagte Shapiro. Aber in der Praxis kann dies die Finanzierungsmechanismen durcheinander bringen. „Auch wenn die europäischen Länder die Finanzierung fortsetzen wollen, müssen sie einen Weg finden, wie sie ihr Geld praktisch an diese Organisationen weitergeben können.“

Untätigkeit der USA

Am Montagnachmittag schickten 11 Interessengruppen unter der Leitung von *Dawn* ein gemeinsames Schreiben an die Regierung Biden, in dem sie Washington aufforderten, die Schließung der sechs palästinensischen NRO durch Israel rückgängig zu machen (3).

„Das Versäumnis der US-Regierung, Menschenrechtsverletzungen des Staates Israel zu tadeln, während sie das Land weiterhin mit unvergleichlicher militärischer und politischer Unterstützung versorgt, wird als Duldung dieser Handlungen durch die USA verstanden“, heißt es in dem Schreiben.

Die Vereinigten Staaten, einer der engsten Verbündeten des Staates Israel, haben auf die Angriffe des Landes auf die palästinensischen Gruppen mit einer gemischten und relativ gedämpften Reaktion reagiert.

In einem Bericht des *Guardian* vom Montag wird in einer CIA-Einschätzung in keiner Weise festgestellt, „dass die Gruppen für irgendetwas schuldig sind“, als Antwort auf Israels Dossier über die angeblichen Terrorverbindungen der sechs palästinensischen Gruppen. Trotzdem haben die USA das Vorgehen des Staates Israel gegen die Gruppen noch nicht verurteilt oder eine Rücknahme der Terror-Entscheidung gefordert.

Am Montag lehnte es der Sprecher des Außenministeriums, Ned Price, ab, sich zu der genannten Einschätzung der CIA zu äußern, sagte aber, dass die US-Regierung die israelischen Beweise für die Terroranschuldigung analysiert habe.

„Wir haben keine Einstufungen vorgenommen und auch unsere Haltung gegenüber diesen Organisationen nicht geändert“, erklärte er. „Wir bemühen uns weiterhin um zusätzliche Informationen von unseren israelischen Partnern.“

Friedman sagte, dass das Fehlen einer klaren Ablehnung der israelischen Aktionen „so ist, als wären wir schuldig, bis unsere Unschuld bewiesen ist“. „Es scheint so, als würden wir uns in einem Raum bewegen, in dem wir in dieser Angelegenheit Israel niemals die Stirn bieten werden“, sagte sie gegenüber *MEE*.

„Wie lange lässt man diesen Prozess offen, bis diese Organisationen wirklich nicht mehr funktionieren können? An diesem Punkt ist es unwichtig geworden, eine Position zu beziehen.“

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/news/international-implications-israels-assault-palestinian-ngos>

1. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/04/israelpalestine-un-experts-call-governments-resume-funding-six-palestinian>
2. <https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestinian-campaigners-us-refused-entry>
<https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-rights-group-chief-arrested>
3. <https://dawnmena.org/us-publicly-reject-baseless-israeli-evidence-against-palestinian-ngos-demand-end-to-attacks-on-civil-society/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de